

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 06.12.2022

„Autoinsasse sticht mit Messer zu“

(Frage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat die folgende Frage in der Fragestunde zum Thema „Autoinsasse sticht mit Messer zu“ gestellt:

1. Inwieweit konnte im Fall einer Auseinandersetzung in Schwachhausen am 26.11.2021, als mehrere Männer nach dem Überqueren einer Straße mit einem BMW-Fahrer verbal aneinander gerieten, so dass die Situation zwischen den Beteiligten so eskalierte, dass ein Insasse des BMW einen 25-Jährigen mit einem Messer am Bauch verletzte (Polizeimeldung 0864), der Tatverdacht gegen die vorläufig Festgenommenen von der Polizei erhärtet werden?
2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen (Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe etc.) und konnten die Tatverdächtigen dauerhaft inhaftiert werden?
3. Inwieweit und wie häufig sind die Tatverdächtigen seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Im Rahmen der Ermittlungen der Polizei Bremen konnten drei Beschuldigte ermittelt werden.

Zu Frage 2:

Das Ermittlungsverfahren gegen die drei Beschuldigten dauert noch an. Ein dringender Tatverdacht konnte noch nicht begründet werden, weshalb die Anordnung von Untersuchungshaft bislang nicht in Betracht kam.

Zu Frage 3:

Einer der drei Beschuldigten ist seit der Tat erneut als Tatverdächtiger mit Gewaltdelikten in Form von Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gefährlicher Körperverletzung strafrechtlich in Erscheinung getreten.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die Tatbeteiligten waren ausnahmslos männlich.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Abstimmung der Vorlage mit der Senatorin für Justiz und Verfassung wurde eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 01.12.2022 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.